

Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Volker Kauder, in der Aussprache zur Regierungserklärung

Berlin,
30.11.2005

Auszug aus dem stenografischen
Bericht des Bundestages

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Unser Land hat wieder eine handlungsfähige Regierung – das ist eine gute Nachricht für unser Land und für die Menschen – und Angela Merkel hat als erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland das Steuer übernommen. Darüber freuen wir uns als Union ganz besonders.

Ich gratuliere allen Mitgliedern der Bundesregierung und unserer Bundeskanzlerin. Ich wünsche Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, viel Erfolg und für Ihre Arbeit Gottes Segen.

Die Herausforderungen, vor denen unser Land steht, sind groß. Die Menschen wissen das. Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demographischer Wandel, das fortschreitende Zusammenwachsen der globalen Wirtschaft und die neue Konkurrenz durch dynamisch wachsende und erfolgshungrige Volkswirtschaften in Ostasien haben erhebliche Auswirkungen auf unser Land. Wer sich auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen will, wird sich gegenüber diesen Entwicklungen nicht behaupten können. Wir hingegen gestalten als Regierungskoalition das Heute, um das Morgen zu gewinnen.

Bevölkerungsrückgang und Überalterung sind Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wenn unsere Systeme der sozialen Sicherung sowohl heute lebenden als auch zukünftigen Generationen eine stabile Perspektive bieten sollen, dann müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen.

Noch dramatischer stellt sich die Situation der öffentlichen Haushalte dar. Wir spüren, dass die gewaltige Staatsverschuldung der Politik fast den Atem nimmt. Sie beschränkt die Handlungs- und Freiheits-

räume kommender Generationen. Ein finanzpolitisches „Weiter so!“ wäre ein Verrat an der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Die Sanierung unserer Staatsfinanzen wird deshalb vordringliche Aufgabe der neuen Regierung sein. Dies ist im Koalitionsvertrag auch ganz klar und deutlich geregelt.

Diese Ausgangslage zeigt die schwierige Aufgabe, die vor uns liegt. Aber wir glauben an dieses Land und seine Zukunft. Deutschland hat gute Grundlagen: innovative Unternehmen, eine bedeutende Forschungslandschaft. Das größte Potenzial unseres Landes aber sind die Menschen, gerade die jungen Menschen. Sie müssen durch die Politik dieser Regierung wieder Zukunftsperspektiven erhalten und Zuversicht schöpfen können.

Manchmal erinnert mich Deutschland an den gefesselten Riesen Gulliver, kraftstrotzend und doch bewegungsunfähig. Wir wollen in dieser Regierungskoalition einen Beitrag dazu leisten, Gulliver zu entfesseln und die in unserem Land steckenden Möglichkeiten zur Entfaltung zu bringen. Wir werden unseren Bürgerinnen und Bürgern neue Chancen eröffnen. Deutschland kann mehr – diese Regierung wird dazu einen Beitrag leisten.

Viele Menschen machen sich wegen der schwierigen Lage unseres Landes Sorgen – das kann ich gut verstehen. Was Angela Merkel aber heute als Regierungsprogramm vorgestellt hat, vermittelt Zuversicht, Optimismus, Zukunft. Mit Mut und Menschlichkeit stellt sich diese Regierung den Herausforderungen unserer Zeit.

Wir haben alle Chancen. Wir können immer noch aus eigener Kraft die in unserem Land angelegten Möglichkeiten entfalten, um Wohlstand und Freiheit auch in Zukunft zu sichern und den Menschen wieder eine Perspektive zu geben.

Auch wenn es sich bei der Großen Koalition um ein Bündnis auf Zeit handelt, geht es uns nicht um eine Politik für den Augenblick. Wenn wir Seifenblase auf Seifenblase aufsteigen ließen, um den Launen der Demoskopie und den Partikularinteressen der Lobbyisten zu gefallen, könnte dies einen Unterhaltungseffekt haben; den Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger würden wir damit nicht gerecht werden. Verantwortliche Politik heißt, auch über den Tag – über diese Legislaturperiode – hinauszuschauen. Dazu sind wir in dieser Großen Koalition bereit.

Ein Beispiel für diese Politik über den Augenblick hinaus ist die Reform unserer bundesstaatlichen Ordnung. Die Bundeskanzlerin hat es in ihrer Regierungserklärung klar und deutlich gesagt: Wir werden das föderale System erneuern und die Kompetenzen von Bund und Ländern entflechten, klare Verantwortlichkeiten festlegen und das Prinzip der Subsidiarität stärken.

Ein weiteres Beispiel ist die Gesundheitspolitik. Union und SPD sind mit unterschiedlichen Konzepten angetreten. Aber beide Seiten eint die Überzeugung, dass unser Gesundheitssystem wieder auf eine tragfähige Basis gestellt werden muss. Deswegen, Herr Kollege Westerwelle, haben wir gerade nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht, was auch möglich gewesen wäre. Vielmehr wollen wir in den nächsten Wochen und Monaten eine zukunftsfähige Lösung finden.

Wenn ich an manche Arbeit der vergangenen Regierung denke – das will ich als einzigen Hinweis geben –, dann muss ich sagen: Sich ein bisschen mehr Zeit zu lassen ist besser, als Schnellschüsse zu machen, die man hinterher nachbessern muss.

Die Gesundheitspolitik ist aber auch, Herr Kollege Struck, ein Beispiel dafür – wir

wollen sie ja zur Führungsaufgabe machen, was richtig ist –, dass wir es noch lernen müssen, zunächst intern miteinander zu reden, bevor wir öffentlich Vorschläge machen.

Wir wollen den Erfolg der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel. Peter Struck und ich werden dazu, zusammen mit unseren Fraktionen im Deutschen Bundestag, den Beitrag leisten, der notwendig ist.

Die Verhandlungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass es trotz politischer Gegnerschaft möglich gewesen ist, für eine Wahlperiode ein Regierungsprogramm aufzustellen. Nach einem harten Wahlkampf ist uns das allen am Anfang nicht leicht gefallen. Aber die Erkenntnis, dass Menschen und Land vor der Parteipolitik rangieren, hat zu diesem Regierungsbündnis geführt. Damit bekennen sich Union und SPD zu ihrer staatspolitischen Verantwortung.

Natürlich ist in den letzten Wochen das Verständnis füreinander gewachsen. Das menschlich gute Klima der Verhandlungen ist entscheidende Vertrauensbasis für diese Regierung.

Aber es gibt nach wie vor Unterschiede zwischen Union und SPD.

Bei aller guten Zusammenarbeit: Wir bleiben unterschiedliche Parteien und wir bleiben unterschiedliche Fraktionen.

Die Parteien dieser Koalition haben mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen um den Gestaltungsauftrag für unser Land geworben. Trotz konkreter Einigungen und trotz der Koalitionsvereinbarung, die wir getroffen haben, haben wir aber unsere bleibenden Überzeugungen.

Leitbild der Union ist das christliche Menschenbild. Es ist geprägt durch unverfügbare personale Würde, Freiheitsbegabung, Unvollkommenheit und den Bezug zu einer Gemeinschaft, in der sich das Leben

des Einzelnen verwirklicht. Einen bevorzugen den Staat, der den Menschen gänzlich, seine Entfaltungsräume einengt und in alle Lebensbereiche regelnd eingreift, lehnen wir ab.

Aus der Unvollkommenheit und Gemeinschaftsbezogenheit des Einzelnen erwächst für uns wiederum die Pflicht, denen zu helfen, die es schwerer im Leben haben. Wir werden die Schwachen nicht allein lassen, sondern ihnen Lebenschancen eröffnen. Das ist unser Verständnis von Solidarität.

Jeder ist aber auch gefordert, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen die Menschen zu Freiheit und Eigenverantwortung ermutigen. Verantwortung für sich und Verantwortung für andere müssen unsere Gesellschaft prägen. Das verlangt von uns allen, nicht nur an die Maximierung des eigenen Vorteils zu denken, sondern auch das Wohl der Allgemeinheit im Blick zu haben.

Um eine solche Haltung zu fördern, brauchen wir eine Bildung, die sich nicht verkürzt als Berufsbildung versteht. Im Begriff Bildung steckt das Wort Bild. Damit ist das Menschenbild gemeint, an dem sich alle pädagogischen Anstrengungen orientieren müssen. In einer Zeit zunehmender Beliebtheit und moralischer Orientierungslosigkeit werden sich CDU und CSU für ein Bildungssystem einsetzen, das auf dem Bild einer verantwortlichen Persönlichkeit beruht und einen Wertekompass vermittelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist das zentrale und größte Anliegen der Großen Koalition. Daran werden wir gemessen. Massenarbeitslosigkeit steht ebenso für die gesellschaftliche Ausgrenzung des Einzelnen und seiner Familie wie für die Ero-

sion der Finanz- und Sozialsysteme. Das gilt für ganz Deutschland. Das gilt insbesondere aber auch für die Menschen in den neuen Ländern. Deshalb hat der weitere Aufbau Ost für uns eine ganz besondere Bedeutung und ist in der Koalitionsvereinbarung zentral benannt.

Vorfahrt für Arbeit, Vorfahrt für Rahmenbedingungen, die wirtschaftlichen Aufbruch möglich machen und die Produktivkräfte unseres Landes entfalten, das hat die Union vor der Wahl versprochen und das werden wir jetzt in der Großen Koalition umsetzen. Wir begrüßen deshalb ganz besonders die getroffenen Vereinbarungen zur Entlastung des Mittelstandes und zum Abbau bürokratischer Fesseln, die Neuregelung des Kündigungsschutzes und die Vereinbarung zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen vor allem für die mittelständische Wirtschaft. Das alles sind richtige und notwendige Entscheidungen. Ich verhehle nicht, dass wir uns an diesem Punkt – auch die Frau Bundeskanzlerin hat es angesprochen – noch etwas mehr hätten vorstellen können.

Vor allem die Absenkung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung um zwei volle Prozentpunkte leistet einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Lohnzusatzkosten. Wir werden das Ziel, das sich schon viele vorgenommen haben, erreichen, nämlich dass wir bei den Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent kommen. Das ist ein Erfolg, den diese Regierung zu verbuchen haben wird.

Die Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen; um den wirtschaftlichen Aufbruch möglich zu machen, müssen auch andere mithelfen. Ich sage ganz deutlich: Gefordert ist jetzt auch die Wirtschaft. Sie muss die neuen Spielräume nutzen und stärker investieren. Aber auch die Gewerk-

schaften haben eine Verantwortung, dabei zu helfen, dass wir in unserem Land vorankommen.

Grundlage verantwortlicher Politik sind geordnete Staatsfinanzen. Die Lage der öffentlichen Haushalte ist dramatisch. Die Personal- und Zinsausgaben, die Sozialausgaben des Bundes übersteigen in diesem Jahr voraussichtlich die Steuereinnahmen. Wir zahlen also die Zinsen mit neuen Schulden. So darf es nicht weitergehen. Wir können zukünftigen Generationen keine unzumutbaren Belastungen aufbürden und wir dürfen nicht zulassen, dass die Zukunftsperspektiven der zukünftigen Generationen und der jungen Menschen immer mehr verbaut werden.

Wir haben deshalb vereinbart – dies kann man nicht oft genug sagen –, entschlossen zu sparen und vor allem auch gleichermaßen entschlossen Subventionen abzubauen. Diese Maßnahmen sind für eine nachhaltige Gesundheit des Bundeshaushalts unabdingbar.

Nachhaltigkeit im Sinne einer Stärkung der Chancen junger Generationen spielt sich vor allem im Bereich der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ab, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir stehen deshalb fest hinter dem Programm der Bundesregierung, bis zum Jahr 2007 die Haushaltskonsolidierung durchzusetzen. Mit diesen Anstrengungen werden wir 2007 wieder einen verfassungskonformen Haushalt erreichen und auch das Defizitkriterium von Maastricht einhalten. Dies erreichen wir leider nicht allein durch Einsparungen. Das wurde allen Beteiligten in den Koalitionsverhandlungen schnell klar. Aber wir verfolgen ein Ziel, das allen nützt. Wir leisten damit ein Stück Zukunftssicherung im Interesse der Menschen in unserem

Land, insbesondere im Interesse der nachwachsenden, jungen Generationen.

Die Zukunft unseres Landes, gerade seine wirtschaftliche Zukunft, liegt in den Köpfen unserer Menschen. Nur an der Spitze des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts wird unser rohstoffarmes Land seine Zukunftschancen wahren können. Die Neugier und den Erfindergeist unserer Forscher dürfen wir nicht bürokratisch ersticken. Wir müssen Möglichkeitsräume schaffen, in denen sich wissenschaftliche Spitzenleistungen entfalten können.

Vom Erfindungsreichtum und Forschergeist unserer Spitzenwissenschaftler in Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen profitieren wir alle. Die Koalition wird ein Klima schaffen, in dem Spitzenleistungen gedeihen können. Deshalb ist es gut, dass wir uns darauf geeinigt haben, die Mittel für Forschung und Entwicklung deutlich anzuheben.

Aber es geht nicht nur um die Spitze. Als Unionsfraktion setzen wir uns auch für die Schaffung von Bedingungen ein, die gerade den Schwachen den Zugang zu qualifizierter Bildung eröffnen. Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg, zu Wohlstand sowie zu gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf es so nicht weitergehen wie in den letzten Jahren: dass der Bildungserfolg der Kinder immer mehr vom Bildungshintergrund und der sozialen Situation ihrer Eltern abhängt. Das ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis und in gleichem Maße eine Verschwendung von Ressourcen.

Soziale Gerechtigkeit hat viele Facetten und viele Ausprägungen. Eines ist für mich aber klar: Ein Land ist nur dann wirklich sozial gerecht, wenn der Zugang zu Bildung

und sozialem Aufstieg tatsächlich auch Kindern aus einfachen Verhältnissen ermöglicht wird.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt in besonderem Maße für ausländische Zuwanderer und deren Kinder. Bildung eröffnet diesen Menschen Wege aus der gesellschaftlichen Isolierung und ermöglicht Integration.

Die zum Teil schon vorhandenen Angebote, etwa im Bereich der Ganztagschule, müssen ausgebaut werden. Das betrifft ganz besonders den frühen Erwerb von Deutschkenntnissen. Wer die deutsche Sprache bei der Einschulung nicht beherrscht, ist auf dem Weg zum Bildungsverlierer. Die Angebote, die wir machen, müssen genutzt werden. Ich sage ganz deutlich: Es gibt auch eine Verantwortung der Eltern für die Zukunft ihrer Kinder.

Integration ist keine Einbahnstraße. Die Zukunft einer Gesellschaft liegt vor allem in ihren Kindern. In Deutschland aber werden zu wenige Kinder geboren. Wir wollen die Menschen durch eine familienfreundliche Politik wieder ermutigen, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen. Die Familie ist der zentrale Ort, an dem heranwachsende junge Menschen Eigenverantwortung und Verantwortung für andere erlernen. Wir werden uns für die Schaffung eines kinderfreundlichen Klimas in unserem Land einsetzen, die Familien schützen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten sichern.

Wir begreifen Deutschland als Zukunftsgemeinschaft. Keimzelle und Grundlage dieser Zukunftsgemeinschaft sind die Familien. Sie sind nach wie vor die wichtigste Form des Zusammenlebens. Das Füreinandereinstehen in den Familien ist Grundlage für die Solidarität der Zukunftsgemeinschaft.

Mit dem Koalitionsvertrag stellen wir in diesem Sinn die richtigen Weichen. Deshalb

werden wir daran mitwirken, ein qualitätsorientiertes und bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder aller Altersklassen zu schaffen. Um Familien besser als bisher zu fördern, wollen wir die verschiedenen Leistungen in einer Familienkasse bündeln und damit für mehr Transparenz und Effizienz sorgen. Schließlich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine unserer großen Zukunftsaufgaben. Viele Unternehmer wissen, welche Vorteile eine größere Familienfreundlichkeit bietet. Familien bringen Gewinn – auch unternehmerischen Gewinn. Ich fordere die Betriebe und Unternehmen deshalb auf, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen.

Meine Damen und Herren, Reformen im Innern sind Teil unserer Arbeit für Europa; daran hat uns nicht zuletzt der Bundespräsident in den vergangenen Monaten immer wieder erinnert. Sie sind auch die Voraussetzung für das Überleben der sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen globaler Märkte. Der Markt ist kein Selbstzweck – im Mittelpunkt allen Wirtschaftens steht immer der Mensch. Der Mensch darf nicht zum Objekt werden, aber angesichts der weltwirtschaftlichen Verflechtungen kann dieses Prinzip kein Staat mehr allein garantieren. Daher müssen wir mit unseren internationalen Partnern eine weltwirtschaftliche Rahmenordnung gestalten. Sie muss Freiheit und Eigentum schützen und gleichzeitig den Menschen im Mittelpunkt halten. Auch die globale Wirtschaft braucht moralische Maßstäbe und klare Regeln. Wir werden Sie, Frau Bundeskanzlerin, bei der Gestaltung dieser Aufgabe nach Kräften unterstützen.

Nach dem Scheitern der Verfassungsverfahren in Frankreich und den Niederlanden müssen wir uns um Europa kümmern – wir können nicht einfach weitermachen, als

wäre nichts passiert. Schwärmerische Euro-Paromantik hilft uns dabei aber nicht weiter: Es ist Zeit für eine nüchterne Europapolitik. Wir müssen den Menschen klipp und klar sagen, wohin die Reise geht und – das sage ich auch ganz deutlich – wohin nicht. Wir dürfen nicht länger so tun, als ließen sich permanente Erweiterung und Vertiefung problemlos miteinander vereinbaren.

Die Menschen haben längst durchschaut, dass es im Gebäck knirscht. Aber der Verfassungsvertrag enthält viele Ansätze, die in die richtige Richtung weisen; deshalb werden wir auch weiter für ihn werben. Wir müssen die Bürokratie in Europa abbauen, anstatt sie auszuweiten. Deshalb begrüße ich, dass die Bundesregierung Richtlinien und Verordnungen eins zu eins umsetzen und nicht wie in der Vergangenheit immer wieder draufsatteln wird. So tragen wir dazu bei, dass sich Europa von der Bürokratie ab- und den Menschen wieder zuwendet.

Zur Vertrauensbildung nach innen wie nach außen gehört auch, dass wir endlich wieder Wort halten beim europäischen Stabilitätspakt. Wir haben zugesagt, dass wir die Stabilitätskriterien im Jahr 2007 wieder erfüllen werden. Wir werden den Beitrag dazu leisten, dass sich unsere Partner in der Europäischen Union auf dieses Versprechen verlassen können; das wäre auch ein guter Start in die deutsche Ratspräsidentschaft, die wir im ersten Halbjahr 2007 übernehmen.

Wir stehen zu Europa, aber Europa ist für uns keine bloße Freihandelszone, sondern immer auch eine Wertegemeinschaft; davon werden wir uns bei allen anstehenden Erweiterungsverhandlungen auch leiten lassen.

Verlässlichkeit ist das wichtigste Kapital für unsere außenpolitischen Beziehungen.

Die beiden wichtigsten Pfeiler unserer Außenpolitik sind die Einbindung in die Europäische Union und die transatlantische Partnerschaft. Europa und die Vereinigten Staaten gehören derselben Wertegemeinschaft an: Uns eint das Streben, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte weltweit zu fördern, und gemeinsam verbunden sind wir auch in unserem Bekenntnis zur Freundschaft mit Israel. Für die Wahrnehmung unserer außenpolitischen Interessen brauchen wir Europa und Amerika. In der Sicherheitspolitik, in Bosnien und Afghanistan, im Nahen Osten und bei der Bekämpfung terroristischer Bedrohungen, beim Klimaschutz, zur Sicherung der Energieversorgung und der Außenwirtschaft und bei den WTO-Verhandlungen – ohne Partner kann Deutschland seine weltpolitischen Interessen nicht durchsetzen. Wir, die Unionsfraktion, stehen für verlässliche und stabile Beziehungen zu unseren Partnern. Dass wir heute in Freiheit leben können, verdanken wir auch unseren amerikanischen Freunden.

Frieden und Freiheit zu erhalten und durchzusetzen, das war schon immer eine unserer Aufgaben. Dafür steht aber auch im 50. Jahr unsere Bundeswehr. Der Dienst der Soldatinnen und Soldaten verdient unseren ganzen Respekt.

Wir begreifen Deutschland als Zukunftsgemeinschaft. Daher denken wir über den Augenblick hinaus und wollen in den nächsten vier Jahren die Weichen für eine Politik stellen, die auch den kommenden Generationen gerecht wird.

Wir werden es nicht allen recht machen können. Aber alle gemeinsam entwickelten Lösungen, auch die, die auf den ersten Blick schmerzhaft sind, sind von der Verantwortung für die langfristige Zukunftsfähigkeit Deutschlands getragen. Wir sind bereit, un-

seren Beitrag zu leisten. Aber die Politik braucht auch die Unterstützung der Bürger. Durch eine konsequente Politik werden wir um das Vertrauen der Menschen werben. Wir wissen, dass wir uns durch gute und erfolgreiche Arbeit dieses Vertrauen verdienen müssen.

Wir brauchen aber auch Menschen – das sage ich mit allem Nachdruck –, die anpacken, die sich beteiligen. Weglaufen ist das Gegenteil davon, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Das gilt im Beson-

deren für unsere Eliten. Mitmachen heißt das Gebot der Stunde! Wer mitmacht, dient Deutschland. Wer mitmacht, ist ein Patriot.

Deutschland ist ein großartiges Land mit großartigen Menschen. Wir können aber noch mehr. Bringen wir das Staatsschiff in Fahrt! Die Mannschaft steht bereit. Der Kurs ist klar. Lassen Sie uns gemeinsam die Segel setzen. Wir wollen den Erfolg der Regierung Merkel. Wir wollen den Erfolg dieser Koalition aus CDU/CSU und SPD. Also: Wagen wir es miteinander!